

Martin Schulz und Sigmar Gabriel

## **Ohne Frieden und Gerechtigkeit ist alles nichts.**

### **Fünf Ziele für eine neue Phase der Internationalen Zusammenarbeit**

Wir leben in einer Zeit weltweiter Umbrüche und wachsender globaler Herausforderungen. Das betrifft Europa und die grundlegende Frage, welche EU wir zukünftig wollen. Das betrifft die transatlantischen Beziehungen. Das beinhaltet die Migration aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa und unsere bisherige Nachbarschaftspolitik. Und dazu gehört auch der Terror von Extremisten, die die Grundfesten unserer liberalen Gesellschaftsordnung angreifen.

Was über Jahrzehnte hinweg selbstverständlich schien, gerät plötzlich unter Druck oder wird offen in Frage gestellt. Dazu gehören elementare demokratische Prinzipien wie Offenheit, Kooperation, Dialog, Ausgleich und Diversität. Wir erleben Tendenzen der Abschottung und des Nationalismus sowie Angriffe auf Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und Minderheiten. Solidarität, Freiheit und Demokratie stehen auf dem Spiel.

Militärische Auseinandersetzungen, Verfolgung und Vertreibung, die Durchsetzung geopolitischer Interessen, Armut, Hunger und Elend, der Verlust an staatlicher Ordnung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ungleicher Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, Terror und die Auswirkungen des Klimawandels sorgen dafür, dass sich 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht befinden. Trotz Fortschritten bei der Bekämpfung von Armut leben noch immer über 800 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum. Die wirtschaftliche Globalisierung hat ökonomische Entwicklung ermöglicht. Gleichzeitig haben sich aber auch neue Spannungsfelder zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern entwickelt.

Es ist deshalb Zeit, neue Formen der Internationalen Zusammenarbeit zu schaffen und dadurch einen Beitrag für mehr Stabilität und Sicherheit in der Welt zu leisten. Aus der wirtschaftlichen Stärke und der Geschichte unseres Landes heraus, und ausgehend von den Grundwerten der Sozialdemokratie, ergibt sich dabei für uns eine besondere Verantwortung. Unser Land ist gefordert bei der Stärkung der multilateralen Ordnung, bei der Bekämpfung von Armut, bei der Moderation von Konflikten und bei der Förderung der Menschenrechte.

Wir wollen Frieden, Wohlstand und Sicherheit auf der Welt ermöglichen. Durch Solidarität, aber auch durch partnerschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stärkung der politischen, institutionellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen ist die Voraussetzung für dringend benötigte Investitionen.

Die Antwort kann nicht eine weitere Militarisierung oder eine neue Aufrüstungsspirale sein. Deutschland muss Friedensmacht und nicht Militärmacht sein und bleiben. Eine Welt ohne Atom- bzw. biologischen und chemischen Waffen bleibt unser Ziel.

Deshalb setzen wir uns ein für eine neue Phase internationaler Zusammenarbeit. Dabei orientieren wir uns an folgenden Prinzipien und Inhalten:

### **(1) Stärkung der Rolle der Europäischen Union und der Vereinten Nationen**

In dieser Zeit der Erosion alter Gewissheiten, der Ungewissheit über den Kurs der US-Regierung und der Renaissance autokratischer Führer haben wir allen Grund dazu, Europa zum starken Verteidiger unserer westlichen Werte zu machen. Wir haben jedes Interesse daran, ein Europa zu bauen, das seine Bürger schützt und in der Welt als Friedensmacht Gehör findet.

Zwei Dinge sind hierfür zu tun: Europa muss in der Außen- und Sicherheitspolitik zu einer handlungsfähigen Einheit werden. Wir brauchen zuallererst eine echte gemeinsame Außenpolitik, die immer der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorangehen muss. Der Vorrang des Zivilen muss das Grundprinzip der Europäischen Union sein. In diesem Rahmen müssen wir dann auf das Ziel einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion hinarbeiten.

Damit das gelingt, müssen wir endlich die inneren Großkonflikte in der EU lösen – gerade bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in einigen Ländern der EU, der Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion und bei der Formulierung einer europäischen Antwort auf die Migrationsfrage.

Zeit dafür haben wir nicht unbegrenzt. Wenn wir die Dinge nüchtern betrachten, dann haben wir bestenfalls ein sehr kurzes Zeitfenster, um Europa zukunftsfest zu machen. Diese Chance dürfen wir nicht verspielen.

Deutschland darf sich nicht kategorisch Reformideen verschließen, wie dies in den vergangenen Jahren leider zu oft der Fall war. Die Politik der roten Linien muss ein Ende haben; sie gehört genauso in die Mottenkiste wie die irreführende Schauermär vom deutschen „Nettozahler“. Gerade gegenüber den Partnern in Paris muss unsere Linie sein: Wir sind – im eigenen Interesse – im Kompromissmodus, weil wir die historische Chance nutzen wollen, die sich uns gerade jetzt bietet.

Das Format der Treffen der großen Industrienationen (G20) ist sicher ein Fortschritt gegenüber der früheren Begrenzung auf die G7 Staaten. Und trotzdem bilden auch die G20 ebenso wenig die Welt von heute und von morgen ab wie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Deshalb sind weitere Schritte zur Reform der internationalen Zusammenarbeit nötig, die wirklich allen Teilen der Welt eine Stimme gibt und deren Entscheidungen weitaus verbindlicher werden müssen als die unverbindlichen Erklärungen von G20 Treffen. Das dafür richtige Forum sind die Vereinten Nationen.

Ein erster Schritt und sicher von großer Aufmerksamkeit begleiteter Schritt wäre es, künftige G20 Treffen nicht mehr mit tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vielen tausend Sicherheitskräften in Städten der jeweiligen G20 Präsidentschaft abzuhalten, sondern sich regelmäßig und häufiger am Standort der Vereinten Nationen und im Gebäude der Vereinten Nationen in New York zu treffen.

## **(2) Stärkung des internationalen Rechts statt Recht des Stärkeren**

Mehr Verbindlichkeit des internationalen Rechts ersetzt das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts. Statt nationaler Alleingänge und dem Versuch die internationale Zusammenarbeit zu einer Kampfarena zu machen, brauchen wir die Rückkehr zu multilateralen Vereinbarungen und Streitbeilegungen. Dies ist im 21. Jahrhundert ebenso wichtig wie im 20. Jahrhundert. Die Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen, die Weltbank und der internationale Währungsfonds, sind genauso wie die Welthandelsorganisation zentrale Institutionen des multilateralen Ordnungsrahmens, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs dazu beigetragen hat, Krisen und Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen, für Ausgleich zu sorgen und den Menschenrechten Geltung zu verschaffen.

Deshalb ist unser Ziel,

- gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und weltweit die Blockade innerhalb der WTO zu überwinden und verlässliche Handelsregeln zu schaffen, die für alle gelten und die auch die Entwicklungsländer fair in den Welthandel integrieren;
- moderne Handelsabkommen zu entwickeln. Vorbild ist das Abkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das zukunftsweisende Regeln für den Schutz hoher Standards in den Bereichen Umwelt, Soziales, Arbeit und Verbraucherschutz beinhaltet, die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Kulturförderung sichert und einen öffentlichen Investitionsgerichtshof vorsieht;
- neue Finanzierungsquellen entwickeln, die einen Teil der wirtschaftlichen Vorteile von Freihandelsabkommen für die Finanzierung internationaler Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sichern und die den UN Organisationen – z.B. dem Welternährungsprogramm – zur Verfügung gestellt werden;

- gemeinschaftlich wirksame Instrumente gegen Dumping und Exportsubventionen zu entwickeln und zu institutionalisieren;
- für mehr Transparenz durch eine öffentliche und länderbezogene Berichtspflicht über Gewinne und abgeführte Steuern für transnationale Unternehmen zu sorgen, zum Beispiel durch die Entwicklung eines internationalen Regelwerks und eine verstärkte Zusammenarbeit in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfond und der G20;
- den internationalen Strafgerichtshof und den Menschenrechtsrat der VN und des Europarats zu stärken, um dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, die Ächtung von Todesstrafe und Folter zu unterstützen und die Rechte von Frauen, Kindern und Minderheiten zu schützen.

### **(3) Wir brauchen eine Abrüstungsinitiative statt weltweiter Aufrüstung**

Wir entziehen uns dem Zwang, die jährlichen Ausgaben für Verteidigung auf zwei Prozent des BIP und damit auf ca. 70 Milliarden Euro jährlich anzuheben. Der Beschluss der NATO von Wales, der alle Mitgliedsstaaten dazu auffordert, sich auf dieses Ziel zuzubewegen, ist falsch und unsinnig. Statt quantitative Ziele in Form einer „Bruttoregistertonnen-Mentalität“ zu beschließen, bei der nur noch darauf geachtet wird, möglichst viel Geld für Rüstung auszugeben, treten wir dafür ein, dass sowohl innerhalb der NATO und Europas zuerst geklärt wird, wozu und mit welchem ZIEL die Verteidigungsausgaben eingesetzt werden sollen. So gibt Europa derzeit etwa 45 Prozent der Verteidigungsausgaben der USA aus, deren Effizienz liegt allerdings nur bei 15 Prozent. „Better spending“ muss „more spending“ voraus gehen! Wir treten für eine deutlich stärkere Integration der europäischen Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung ein. Wenn klar ist, wozu diese Militärausgaben gebraucht werden, dann wird Deutschland seinen fairen Anteil daran tragen.

Noch wichtiger ist allerdings, dass Sicherheit und Stabilität für uns keine Fragen militärischer Stärke oder der Höhe des Wehretats allein sind, sondern Ziel und Ergebnis eines sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und sicherheitspolitischen Interessenausgleichs. Wir stehen zur Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und der Institutionen, in die es eingebettet ist. Wir sehen dabei aber keinen Widerspruch zu Rüstungskontrolle und Abrüstung. Im Gegenteil: Beides gehört zusammen.

Deshalb wollen wir

- einen neuen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa und darüber hinaus im konventionellen wie im nuklearen Bereich;
- uns in der NATO dafür einsetzen, dass es keinen Ausgabenautomatismus oder -wettlauf gibt. Mehrausgaben müssen sich klar daran orientieren, welche militärischen Fähigkeiten die NATO künftig braucht. Ein zweiprozentiges Ausgabeziel gemessen am Bruttoinlandsprodukt für jeden NATO Mitgliedsstaat festzulegen, ohne vorher zu klären, wofür und mit welchem Ziel diese Ausgaben getätigt werden sollen, ist unsinnig und falsch;
- eine einheitliche restriktive Rüstungsexportpolitik in ganz Europa;
- die „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 fortentwickeln und, wo notwendig, gesetzlich fixieren;
- ein Verbot von Exporten von Kleinwaffen in Drittländer, das heißt in Staaten außerhalb von EU, Nato und gleichgestellten Ländern;
- eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen;
- dass neue Waffensysteme international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden (insbesondere Drohnen);
- eine Konsolidierung der Rüstungsindustrie im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion: Durch mehr Kooperation und mehr gemeinsame Beschaffung können vorhandene Ressourcen effizienter genutzt werden;
- auf dem Weg zu einer europäischen Armee vorangehen.

#### **(4) Wir brauchen eine moderne Friedensdiplomatie und mehr Krisenprävention**

Viele Konflikte sind das Ergebnis historischer Entwicklungen. Die Ursachen dieser Konflikte müssen in einem fairen Interessenausgleich beseitigt werden. Militärische Auseinandersetzungen sind keine Antwort darauf. Sie verstellen die Chance für eine Politik der Verständigung und des Ausgleichs. Prävention und zivile Maßnahmen müssen wieder mehr Beachtung finden und gestärkt werden. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in der Tradition von Willy Brandts

Ostpolitik stehen, wissen: Mit Entspannung und Dialog lässt sich mehr erreichen als mit Konfrontation und Abschreckung.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Aufstockung der Mittel für Friedensförderung und zivile Krisen- und Konfliktprävention und den Ausbau der freiwilligen Friedensdienste;
- für den Aufbau eines europäischen zivilen Friedenskorp;
- die Umsetzung des Minsker Abkommens. Bei substanziellen Fortschritten sollen die Sanktionen gegen Russland schrittweise aufgehoben werden. Denn Frieden und Sicherheit in Europa sind nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich;
- die Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo bleibt die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten das Ziel neuer Verhandlungen.

Wir brauchen neue Impulse in der Außen- und Entwicklungspolitik, denn Frieden, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Sicherheit und Entwicklung gehören für uns zusammen. Unsere Politik zielt auch auf Armutsbekämpfung, die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe, den Aufbau wachstumsfördernder Infrastruktur und den globalen Einsatz für menschenwürdige Arbeit, von der man frei von Hunger und Armut leben kann. In Partnerschaft mit anderen Regierungen, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen und NGOs wollen wir unser Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern.

Die Elemente der Außen- und Entwicklungspolitik sind vielschichtig. So setzen wir uns u.a. dafür ein,

- die Mittel für Krisenprävention, Bekämpfung von Hunger, Not und Armut und der Entwicklungszusammenarbeit mindestens im Verhältnis 1,5 zu 1 im Verhältnis zu allen geplanten Steigerungen des Verteidigungshaushaltes zu erhöhen;
- dass die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) umgesetzt werden, um eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige sowie sozial inklusive Transformation zu ermöglichen;
- dass die Unternehmensverantwortung ausgeweitet wird, zum Beispiel durch konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und

Menschenrechte und durch die Unterstützung der ILO bei der Umsetzung ihrer Kernarbeitsnormen;

- dass die Compact with Afrika-Initiative der G20 und die Pro!Afrika-Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums nur der Anfang sein können, um eine wirkliche Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten auf Augenhöhe zu etablieren, die Investitionen im Sinne sozialer und ökologischer Standards fördert;
- dass internationale Steuergerechtigkeit durchgesetzt und Steuerhinterziehung und -vermeidung verhindert wird. Denn nur so können die betroffenen Länder eigenständig die notwendigen finanziellen Mittel sichern, um Entwicklungen im Bildungsbereich, bei der Versorgung oder in der Wirtschaft herbeiführen zu können.

#### **(5) Die neuen Chancen einer weltweiten Klimapolitik fördern und nutzen**

Die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris ist ein historischer Meilenstein in der internationalen Politik. Es bietet den Rahmen für die Ingangsetzung eines globalen, nachhaltigen Transformationsprozesses. Klimawandel kann nun gemeinsam bekämpft werden. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch schafft Raum für Entwicklung in Deutschland, in Europa und der Welt.

Wir wollen, dass

- das Versprechen der Industrieländer, die finanzielle Unterstützung der ärmeren Länder bei Klimaschutz und -anpassung bis 2020 auf 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr zu steigern, eingelöst wird;
- die Finanzierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung und zum Klimaschutz zusätzlich zu den Mitteln für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erbracht wird;
- die Förderung von erneuerbaren Energien und Klimaschutzmaßnahmen einen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit bildet;
- weitere Klima- und Energiepartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern geschlossen werden;
- dass Emissionshandelssysteme in allen Wachstumsregionen der Welt umgesetzt werden.